

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 50 (1971)
Heft: 7-8

Artikel: Brief an General Lütgendorf
Autor: Nenning, Günther
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-338399>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 27.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Brief an General Lütgendorf

Herr General,

zu Ihrer Rede vor dem Kameradschaftsbund am 20. Mai in Salzburg und Ihren Erklärungen am 21. Mai im Fernsehen:

Als Minister einer sozialdemokratischen Regierung obliegt es Ihnen, jeden Verdacht zu zerstreuen, dass Sie der NDP nahestehen und/oder NDP-Gedankengut verzapfen. Sie haben diese Beweisführung ohne Verzug und mit aller Sorgfalt vorzunehmen. Gelingt sie Ihnen nicht, haben Sie zurückzutreten.

Heute sagen Sie, Minister einer sozialdemokratischen Regierung, vor dem Kameradschaftsbund: *«Wir dürfen nicht tatenlos zusehen . . .»* Sagen Sie morgen, wie Major Fey am 11. Februar 1934: *«Kameraden, morgen werden wir an die Arbeit gehen, und wir werden ganze Arbeit machen»* –?

Wir denken an den Februar 1934 – und an Ihre undifferenzierte Lobpreisung des Bundesheeres vor 1938, das auf Sozialisten geschossen hat, aber tatenlos zusah, als die Nazis einmarschierten. Bundesheeroffiziere wurden Offiziere in der Naziwehrmacht – Sie auch.

Wir denken an die Nazibewegung vor 1938 – immer schon haben faschistische Schlägergarden die Aufforderung *«nicht tatenlos zuzusehen»* sehr wörtlich genommen. In Schwechat und im Wiener Albert-Schweitzer-Haus wurden Befürworter des verfassungsmässig legalen Anti-Bundesheer-Volksbegehrens in gesetzmässig legalen Versammlungen attackiert (siehe NF April/Mai 1971); ohne die eiserne Zurückhaltung der Veranstalter hätte es eine Saalschlacht nach Muster der dreissiger Jahre gegeben.

Ist es das, was Sie meinen, wenn Sie sagen: *«Wir dürfen nicht tatenlos zusehen . . .»*

Und wer ist *«wir»*?

Als Heeresminister untersteht Ihnen das Bundesheer. *Anführer des NDP-Schlägertrupps im Albert-Schweitzer-Haus war ein Stabswachtmeister des Bundesheeres aus der Mariatheresienkaserne. Die Personalien aller Bundesheerangehörigen, die im Dunstkreis der NDP aktiv tätig sind, können Sie sich bei der Staatspolizei verschaffen.*

Ihnen untersteht das Bundesheer, und Sie sagen: *«Wir dürfen nicht tatenlos zusehen.»* Ein Oberstleutnant aus der St. Pöltener Hesserkaserne sah nicht tatenlos zu, als zwei junge Bürger mit Werbeplakaten für das Volksbegehren vor dem Kasernentor standen; er schlug sie eigenhändig nieder.

Ist es das, was Sie meinen mit: *«Wir dürfen nicht tatenlos zusehen»*?

Ist dieses *«Wir»*: General Lütgendorf, ehemals hoher Offizier der Naziwehrmacht, plus Prügeloberstleutnant plus NDP-Stabswachtmeister plus

sonstiger NDP-Soldaten plus Kameradschaftsbünde, auf deren Plakaten heute schon steht: «Das Volk wird die Verräter richten!» (NF April/Mai, Seite 81). Werden Sie demnächst solche Leute ausschicken, um den, wie Sie sich anmassen zu behaupten, «*verblendeten Heissspornen*» die Schädel einschlagen zu lassen? *Steuert ein sozialdemokratischer Minister auf dem Weg über das Bundesheer Saalschlachtkompanien gegen junge Bürger, die ihre verfassungsmässigen Rechte (Volksbegehren, Versammlungsfreiheit) in Anspruch nehmen?*

Antworten Sie, Herr General! Nichts als eine klare und unzweideutige Distanzierung von den in der NDP tätigen Bundesheerangehörigen kann einen sozialdemokratischen Minister vor dem Sturz bewahren.

Lassen Sie sich diesen Stabswachtmeister kommen und schauen Sie einmal nicht auf Haarschnitt (der Mann *hat* kurze Haare), sondern auf demokratisch-republikanische Haltung. Lesen Sie den Artikel 97 der Bundesverfassung. Das Bundesheer ist dazu da, die demokratische Republik zu schützen und nicht für faschistische Freizeitaktivitäten.

Dieser Ihr Stabswachtmeister und seine Leute haben eine legale Versammlung auf das brutalste gestört, Mikrophone zertrümmert, Rednerpulte umgeworfen, Teilnehmer physisch attackiert, den Vortragenden, Professor Fritz Vilmar, zu Boden geschlagen.

«Wir dürfen nicht tatenlos zusehen . . .»

Ein Minister und General, der in seinen Reden Instruktionen für NDP-Terror gibt, kann sich bestenfalls durch eine haarscharfe Distanzierung und künftiges absolutes Wohlverhalten retten.

Man muss in der österreichischen Geschichte bis in die dreissiger Jahre zurückgehen, zum Heeresminister Vaugoin, zum Heimwehrminister Starhemberg, in die Jahre des Aufstiegs der Faschisten also, um eine Parallele zu finden für eine derart *unverfrorene Aufforderung zum Pogrom gegen Andersgesinnte*.

Darum geht es.

Dass Sie die Initiatoren und Befürworter des Anti-Bundes-Heervolksbegehrens für «*meist verblendet*» halten, ist gleichgültig. Dass Sie meinen, diese Bürger seien «*von Anarchisten im Ausland gesteuert*», ist ebenfalls gleichgültig. Es geht nicht um politische Diskussion mit einem Mann Ihres geistigen Kalibers, es geht darum, Herr General, ob Sie als Minister der demokratischen Republik Ihre Pflicht tun, Ihre Aufträge ausführen oder statt dessen *Subversion gegen diese Republik* betreiben.

Was und wer sind diese Ihre «*unverdorbenen Kräfte im Volk, zu denen wir Erwachsene den Kameradschaftsbund zählen*»?

Michael Siegert hat im vergangenen Heft des NF (April/Mai) umfangreich dokumentiert, wie Kameradschaftsbünde und Demokratie zueinander stehen. In diesem Heft (Mai/Juni) zeigt Adalbert Krims (Seite 46) den Block NDP-FPÖ-ÖVP in der Gegnerschaft zum zivilen Friedensdienst.

Es ist kein Zweifel, Herr General, dass Sie in dieser Frage beim Block

NDP-FPÖ-ÖVP stehen und somit gegen sämtliche sozialistische und katholische Jugendverbände, die vom Bundeskanzler beauftragt waren, ein Konzept für den Alternativdienst auszuarbeiten.

Sie haben, Herr General, das Bundesheer als Minister zu verwalten gemäss der Politik der Bundesregierung und in Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung. Das ist Ihr Auftrag gemäss Verfassung.

Ein Minister, der auf seiten eines NDP-FPÖ-ÖVP-Blocks steht, ist für eine sozialdemokratische Regierung untragbar.

Ein Heeresminister in einer sozialdemokratischen Regierung, der Reden à la Starhemberg vor dem Kameradschaftsbund hält, ist untragbar.

Ein Minister der Reden hält, die das empfehlen, was NDP-Terroristen bereits tun, ist für die demokratische Republik untragbar.

Klare Distanzierung oder Rücktritt!

«Neues Forum», Mai/Juni 1971.

Bei der Rechtsreform spielt das Überzeugen des anderen, die Kraft des Arguments eine so grosse Rolle wie kaum in einem zweiten Bereich der gesellschaftlichen Willensbildung. Dazu gehören sehr viel Geduld und Toleranz. Auf beiden Seiten: Der überzeugen will und der, der überzeugt werden soll, braucht sie und muss sie anwenden.

Je grösser beide sind – Geduld und Toleranz –, desto grösser ist auch die Hoffnung, dass wir den grossen historischen Nachholbedarf in der Rechtsentwicklung gegenüber der Entwicklung der Gesellschaft Schritt für Schritt abbauen können.

Dr. Christian Broda, Justizminister, Wien
